

Niederschrift

über die. 3. gemeinsame öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des
Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt
am Dienstag, dem 30.08.2016, um 19:30 Uhr im Anbau der Volkshalle

Ausschussvorsitzender BPU	Herr Burkhard Nöh	
Ausschussmitglieder BPU	Herr Volker Heine Frau Karin Lenz	Vertretung für Hen- drik Lodde
	Herr Dr. Ulrich Lenz Herr Friedel Löser Frau Antje Markgraf Herr Peter Reinwald Herr Frank Rippl Frau Alisha Weitze	
Stellv. Ausschussvorsitzender HFA	Herr Fabian Wedemann	
Ausschussmitglieder HFA	Herr Dirk Hansmann Herr Frank Hille	Vertretung für Fran- ziska Lodde
	Herr Wolfgang Hoth Herr Manfred Leun Herr Dirk Seim Herr Michael Wolter Herr Dr. Heinz-Lothar Worm	Vertretung für Jürgen Arnold
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Frau Gudrun Lang Herr Joachim Schaffer Herr Dr. Christof Schütz	
Magistrat	Herr Thomas Altenheimer Herr Norbert Arnold Frau Petra Braun Herr Sven Deeg Herr Wolfgang Gath Herr Jörg König Herr Robert Kreuzinger-Ibe Herr Gerhard Trinklein	
von der Verwaltung	Herr Frank Hölzel Herr Christian Mai Patrick Retzer	
Presse	Herr Harold Sekatsch Herr Thomas Wißner	
Protokollführer	Frau Anja Dietz	

Abwesend:

Ausschussmitglieder BPU	Herr Hendrik Lodde
Ausschussvorsitzender HFA	Frau Franziska Lodde
Ausschussmitglieder HFA	Herr Jürgen Arnold
Magistrat	Herr Reinhold Krapf

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) im Bereich der Aufgabenübernahme nach dem „Gesetz über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung (Fehlbelegungsabgabe-Gesetz – FBAG)“ vom 30.11.2015 i.V.m. § 25 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG)
Vorlage: /0011/16-21
- 3 Ökologisches Linden
Vorlage: FA/0003/16-21
- 4 Jahresabschluß der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2015
Vorlage: /0012/16-21
- 5 Freigabe überplanmäßiger Ausgaben von ungedeckten Betriebskosten 2016 für die Kindertagesstätte „Die Mäuschen“.
Vorlage: /0013/16-21
- 6 Antrag auf Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“
Vorlage: FA/0002/16-21
- 7 Antrag auf Erstellung einer Bewertung der Möglichkeiten zur Erhebung der Gebühren zur Straßenerneuerung
Vorlage: FA/0007/16-21
- 8 "Linden 2036"
Vorlage: FA/0010/16-21
- 9 Stadtentwicklung Linden 2036
Vorlage: FA/0022/16-21
- 10 Ehrenamtspreis
Vorlage: FA/0021/16-21
- 11 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Nöh eröffnet die 3. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist. Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

Zu TOP 2 Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) im Bereich der Aufgabenübernahme nach dem „Gesetz über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung (Fehlbelegungsabgabe-Gesetz – FBAG)“ vom 30.11.2015 i.V.m. § 25 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) Vorlage: /0011/16-21

Bürgermeister König begrüßt alle Anwesenden und führt aus, dass dieser Tagesordnungspunkt schon in der gestrigen Sitzung diskutiert wurde. Derzeit würde eine Fehlbelegungsabgabe auf 211 Wohnungen in Linden greifen. Dieses wurde 1995 schon einmal praktiziert. Damals gab es 388 Wohnungen, die zu einer Fehlbelegungsabgabe heranzuziehen waren. Für 29 dieser Wohnungen war eine Fehlbelegungsabgabe von den Mietern zu entrichten. Diese beliefen sich auf 11.437,30 Euro. Davon wurden damals 10 % pauschal als Verwaltungsaufwand anerkannt.

Er übergibt das Wort an den Referenten.

Herr Arnold stellt sich kurz vor.

Er führt aus, dass sich von 17 Kommunen 9 Kommunen haben befreien lassen, da diese zu wenig Wohnungen haben. Das für die Fehlbelegungsabgabe benötigte Programm „Domizil21“ wurde angeschafft. Eine Teilzeitkraft (20 Stunden) wird die Fehlbelegungsabgaben sich aller beteiligten Kommunen erarbeiten.

Weiter führt Herr Arnold aus, dass Grünberg 175 betreffende Wohnungen hat, jedoch 11 nicht unter die Fehlbelegungsabgabe fallen, da es sich hierbei um Sozialhilfeempfänger handelt. Also werden die 11 Wohnungen von den 175 abgezogen und die restlichen 164 Mieter angeschrieben. Die zu leistenden Abgaben erfolgen monatlich oder vierteljährlich. Befreit werden diejenigen, die erst in den letzten 2 Jahren eingezogen sind oder Stütze erhalten. Berechnet wird der Mietunterschied z. B. 5,00 Euro zu 6,50 Euro. Die Differenz dazu wird herausgerechnet.

Zu dem Selbstbehalt erklärt Herr Arnold, dass z. B. Grünberg von 5.000,00 Euro Fehlbelegungsabgabe 20 % als Verwaltungsaufwand genutzt werden können, 80 % werden der sozialen Wohnbauförderung zugeführt und müssen innerhalb von 3 Jahren verwendet werden.

Stadtverordneter Leun möchte wissen, ob sich nach dem 01.01.2018 die 20 % Selbstbehalt verringern werden.

Herr Arnold verneint dies, da es eine Berichtspflicht bis 01.01.2018 laut Gesetzgeber gibt.

In seinem Referat führt er weiter aus, dass für das Jahr 2017 die Kosten so hoch bleiben, wie für das halbe berechnete Jahr 2016. Die monatlichen Kosten für das Programm reduzieren sich.

Stadtverordneter Heine möchte wissen, woher z. B. Linden die Informationen über die 211 Wohnungen kommen.

Herr Arnold kann dazu mitteilen, dass hier mit der Wi-Bank zusammengearbeitet wird. Diese teilt mit, wie viele Wohnungen öffentlich gefördert wurden. In dem Fall Linden sind das die Wohnungen der Baugenossenschaft.

Stadtverordneter Hille fragt nach der Frist und ab wann diese zählt.
Herr Arnold erklärt, dass man dieses 3 Monate rückwirkend vornehmen kann.

Ausschussvorsitzender Nöh fragt nach der Dauer der Festsetzungsbescheide.
Herr Arnold teilt mit, dass diese Festsetzungsbescheide eine Dauer von 2 Jahren haben. Danach erfolgt eine erneute Anfrage. Man erhofft jedoch auch auf selbständige Mitteilung über den Wegfall von Leistungen.

Stadtverordneter Rippl fragt an, ob das System mit dem Einwohnermeldeprogramm verbunden ist.
Herr Arnold verneint dies.

Stadtverordneter Dr. Schütz möchte den Vorgang über die Mitteilung der Fehlbelegungsabgaben erklärt bekommen.
Herr Arnold berichtet, dass zuerst die Wi-Bank angeschrieben werden muss, dann z. B. die Baugenossenschaft, um eine Liste der Mieter zu erhalten, danach werden die Mieter angeschrieben.

Ausschussvorsitzender Nöh bedankt sich bei Herrn Arnold für dessen ausführlichen Bericht.

Abstimmung: Es erfolgt über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 011/16/21
BPU: 9 Ja-Stimmen
HFA: 9 Ja-Stimmen
Es erfolgt Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

Anmerkung der Protokollantin: Die Kostenverteilung des Referenten für 2016 und 2017 sind dem Protokoll beigefügt.

Ausschussvorsitzender Nöh bittet darum, den Tagesordnungspunkt 4 vorzuziehen, da der Referent, Herr Prof. Jung von der Kanzlei Theobald und Jung, noch einen weiteren Termin hat. Dem steht nichts entgegen, so dass zunächst der TO 4 behandelt wird.

Zu TOP 3 Ökologisches Linden Vorlage: FA/0003/16-21

Stadtverordneter Heine führt aus, dass man den Magistrat beauftragt hat zu prüfen, ob ein interkommunaler Windpark mit den Nachbargemeinden errichtet werden könnte.

Bürgermeister König führt aus, dass Staufenberg einen solchen Windpark errichten möchte und man Herrn Kühn, Geschäftsführer der Energiegesellschaft Lumdatal GmbH, als Referenten gewinnen konnte.

Herr Kühn erläutert den Entwicklungsstand anhand von Folien.
Er berichtet, dass sich von den angrenzenden Gemeinden um Staufenberg 7 von 10 Kommunen zusammengeschlossen und einen gemeinsamen Flächennutzungsplan aufgestellt haben. Dabei wurden die bestmöglichen Standorte ausgewählt, anschließend eine GmbH gegründet. Die Gewinnverteilung soll mit 50 % an die Kommunen, 30 % an die Bürger und 20 % an die Stadtwerke erfolgen. Die Genehmigung für die Errichtung des Windparks wird nicht vor Mitte des nächsten Jahres vorliegen. Eine Rendite von 3 – 4 % wird erwartet. Wind verkauft sich leider schlecht.

Bürgermeister König fragt nach der Akzeptanz eines Windparks vor Ort.

Herr Kühn erklärt, dass keine großartige Kritik vollzogen wurde. Die Parlamentarier der Kommunen wurden vorab informiert, ebenso die Bevölkerung durch eine Info-Veranstaltung. Des Weiteren kommen nicht alle Windanlagen zum Einsatz.

Zu einer Frage von Stadtverordneten Dr. Schütz bzgl. Bürgerbeteiligung und der Energieeinspeisung, die sich ändern kann oder suboptimal wird, erklärt Herr Arnold, dass diese Aspekte alle mit berücksichtigt wurden.

Stadtverordneter Hille möchte wissen, ob es sich hierbei um eine Fläche handelt, die im Regionalplan enthalten ist.

Herr Kühn berichtet, dass alles mit dem Regierungspräsidium abgestimmt und der Regionalplan in Offenlage ist. Die Windanlage ist mit 5,57 m/sek. deutlich über der Genehmigungsschwelle, ein Ausgleichsstandort gibt es auch.

Stadtverordneter Heine möchte wissen, wo diese Anlage zum Stehen kommt.

Herr Arnold erklärt, dass diese im Stadtwald errichtet wird.

Ausschussvorsitzender Nöh bedankt sich bei Herrn Kühn für dessen Vortrag.

Anmerkung der Protokollantin: Die Folien des Referates sind dem Protokoll beigelegt.

Zu TOP 4 Jahresabschluß der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2015 Vorlage: /0012/16-21

Bürgermeister König teilt mit, dass vor dieser Ausschusssitzung die Betriebskommission getagt hat und den Jahresabschluss 2015 behandelt hat. Er übergibt das Wort an Herrn Prof. Jung, Wirtschaftsprüfer der „Theobald Jung Scherer AG“.

Herr Prof. Jung bedankt sich für die Einladung, um die Prüfungsergebnisse des Jahresabschlusses 2015 vorzustellen. Er fasst die drei Eckdaten der Jahresabschlussprüfung, und zwar die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk und die wirtschaftliche Lage kurz zusammen und führt aus, dass die Stadtwerke einen Gewinn von rund 320.000,00 Euro zu verzeichnen haben, der sich aus dem Jahresgewinn im Wasserbereich in Höhe von 90.000,00 Euro und dem Jahresgewinn im Abwasserbereich in Höhe von 234.000,00 Euro resultiert. Insgesamt ist das ein ordentliches Ergebnis.

Er berichtet weiter, dass im letzten Jahr wenig für Neuerungen investiert wurde und man verschiedene Bauvorhaben abgeschlossen hat. Der Gewinn soll in der Gesellschaft verbleiben.

Herr Prof. Jung bedankt sich bei der Kämmerei für die gute Teamarbeit und bittet den Ausschuss um Entlastung.

Ausschussvorsitzender Nöh bedankt sich bei Herrn Prof. Jung für dessen kurzen sachlichen Vortrag.

Abstimmung: Es erfolgt über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 012/16/21

BPU: 9 Ja-Stimmen

HFA: 9 Ja-Stimmen

Es erfolgt Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

Zu TOP 5 Freigabe überplanmäßiger Ausgaben von ungedeckten Betriebskosten 2016 für die Kindertagesstätte „Die Mäuschen“. Vorlage: /0013/16-21

Bürgermeister König führt aus, dass gestern im JSSK ausführlich beraten wurde. Die KiTa benötigt in diesem Jahr noch 76.000 Euro. Er gibt kurz zur Kenntnis, dass der Monatsbeitrag der Eltern bei 330,00 Euro liegt zzgl. 40,00 Euro Verpflegungskosten. Hinzu kommen noch 15,00 Euro für Spiegelgeld. Weiter führt er aus, dass ausschließlich Lindener Kinder in der KiTa untergebracht sind und Linden damit eine große Unterstützung zur Unterbringung der U3-Kinder erhält. Er bittet um Beschluss.

Stadtverordnete Lang merkt an, dass der Antrag völlig unnötig gewesen wäre, wenn die Mittel, wie von Frau Weber beantragt, so in den Haushalt aufgenommen worden wären. Man werde seitens ihrer Fraktion auf jeden Fall zustimmen.

Dem schließt sich auch Stadtverordneter Hille für die CDU-Fraktion an, ebenso Stadtverordneter Reinwald für die FDP-Fraktion.

Stadtverordneter Leun hält die Formulierung der Beschlussvorlage für unglücklich gewählt. Er verliest und kritisiert diese. Hier würden Erläuterungen fehlen; er fragt an, warum so gehandelt wurde.

Bürgermeister König erläutert den Sachverhalt, warum dieses vor genommen wurde.

Abstimmung: Es erfolgt über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 013/16/21

BPU: 9 Ja-Stimmen

HFA: 8 Ja-Stimmen, 1 Neinstimme

Es erfolgt Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

**Zu TOP 6 Antrag auf Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“
Vorlage: FA/0002/16-21**

Stadtverordneter Reinwald führt zu dem Antrag seiner Fraktion aus, dass in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates beschlossen wurde, diesen Antrag nicht zu behandeln, ihn jedoch im Geschäftsgang zu belassen.

**Zu TOP 7 Antrag auf Erstellung einer Bewertung der Möglichkeiten zur Erhebung der Gebühren zur Straßenerneuerung
Vorlage: FA/0007/16-21**

Stadtverordneter Reinwald führt zu dem Antrag seiner Fraktion aus, dass in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates beschlossen wurde, diesen Antrag nicht zu behandeln, ihn jedoch im Geschäftsgang zu belassen, da es hier noch Klärungsbedarf gibt.

**Zu TOP 8 "Linden 2036"
Vorlage: FA/0010/16-21**

Bürgermeister König hat im Magistrat diskutiert und durch den HSGB prüfen lassen, dass der Antrag nicht so beschlossen werden kann. Die Stellungnahme vom HSGB erging auch per Mail an das Parlament zur Kenntnisnahme.

**Zu TOP 9 Stadtentwicklung Linden 2036
Vorlage: FA/0022/16-21**

Stadtverordneter Hille verliest den Antrag und bittet um Beschluss.

Stadtverordneter Reinwald äußert, dass er vonseiten der FPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde.

Stadtverordneter Dr. Schütz schließt sich seinem Vorredner für Bündnis 90/Die Grünen an.

Abstimmung: Es erfolgt über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 022/16/21
BPU: 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen
HFA: 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen
Es erfolgt Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

Zu TOP 10 Ehrenamtspreis
Vorlage: FA/0021/16-21

Stadtverordnete Lang bringt den Antrag ein und verweist noch einmal auf den Änderungsantrag, der bei in der gestrigen Sitzung mit aufgenommen wurde („**Der Magistrat wird beauftragt, eine Satzung für die Auslobung eines Ehrenamtspreises zu erstellen und der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorzulegen.**“)

Stadtverordneter Dr. Schütz bittet zu überprüfen, ob die Wortwahl „Ehrenamtspreis“ so richtig ist.

Vorschlag Stadtverordneter Heine: „Preis für soziales Engagement“
Vorschlag Stadtverordneter Reinwald: „Preis für soziales bürgerliches Engagement“
Vorschlag Stadtverordneter Rippl: „Preis für bürgerliches Engagement“

Stadtverordneter Dr. Lenz macht den Vorschlag, dass die Verwaltung zur Stadtverordnetenversammlung einen Namensvorschlag hereingeben soll, der dann abgestimmt und beschieden werden kann.

Abstimmung: Es erfolgt über den Antrag der SPD – Fraktionsantrag Nr. 021/16/21 – mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

Zu TOP 11 Verschiedenes

Stadtverordnete Markgraf möchte wissen, wer für die Neuanpflanzungen zwischen Leihgestern und Langgöns zuständig ist.
Bürgermeister König führt aus, dass dies Hessen Mobil ist.

Stadtverordnete Markgraf möchte wissen, welche Sorte Bäume in der Hauptstraße gepflanzt werden.
Bürgermeister König wird das mit dem Bauhof klären.

Stadtverordneter Löser weist darauf hin, dass Bäume am Großraumparkplatz vor dem Bauhof arg beschädigt wurden. Diese sehen aus, als ob man mit Macheten darauf eingeschlagen hätte.
Bürgermeister König wird sich darum kümmern.

.....
Vorsitzender BPU Burkhard Nöh

.....
stellv. Vorsitzender HFA Fabian Wedemann

.....
Protokollant Anja Dietz